



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Postfach 103439 • 70029 Stuttgart

Elektronischer Versand:

An alle Stromnetzbetreiber
in der Zuständigkeit der
Landesregulierungsbehörde
Baden-Württemberg

Stuttgart 23.10.2012

Name Frau Erhardt

Durchwahl 0711 123-2059

E-Mail LRegB@um.bwl.de

Aktenzeichen 6-4455.4-3/

(Bitte bei Antwort angeben!)

Nachrichtlich:

VfEW Baden-Württemberg e.V.

VkU Landesgruppe Baden-Württemberg



Rundschreiben 2012-10

Hinweise zu Grundsätzen bei der Vereinbarung von Sondernetzentgelten nach § 19
Abs. 2 S. 1 StromNEV

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine Anzahl von zur Genehmigung gestellten Vereinbarungen im Sinne des § 19 Abs.
2 S. 1 StromNEV, bei denen z.T. Bezug auf den bisher aktuellen Leitfaden der
BNetzA zu § 19 Abs. 2 StromNEV genommen worden ist, entsprechen nicht dem
Sinn und Zweck der Regelung des § 19 Abs. 2 S. 1 StromNEV.

Das liegt einmal an der Bildung zu „schmalen“ Höchstlastzeitfenster (HöL-Zeitfenster)
und an der Fehlinterpretation der Erheblichkeit der Abweichung. Bei „schmalen“ Zeit-
fenstern, die ja zudem eine gewisse Prognosewirkung in sich tragen, muss die erwar-
tete Abweichung zeitlich eine gewisse Distanz zum HöL-Zeitfenster aufweisen. Zu-
dem muss die gesamte Lastsituation im Verteilnetz berücksichtigt werden. Unerheb-
lich sind demgemäß Abweichungen, selbst wenn sie die formale Mindesterheblich-
keitsschwelle von z.B. 30 % in der NSp erreichen sollten, soweit sie insgesamt im
jeweiligen Netz von ihrer Gewichtung her unbedeutend sind.

Deswegen genügt die bloß formale (rechnerische) Abweichung von gebildeten HöL-Zeitfenstern nicht, damit die LRegB solche Vereinbarungen als genehmigungsfähig ansehen kann. Die LRegB weist darauf hin, dass sie die Prüfung von Anträgen nach § 19 Abs. 2 S. 1 StromNEV nunmehr verstärkt einzelfallabhängig anhand des Normzweckes und des Nutzens für das Netz prüft.

Es wird gebeten, dies bei der Vereinbarung von Sondernetznutzungsentgelten zu berücksichtigen. Gleichzeitig weist die LRegB darauf hin, dass die BNetzA ein Konsultationsverfahren für eine mögliche bundeseinheitliche Festlegung zu Genehmigungen nach § 19 Abs. 2 S. 1 StromNEV eingeleitet hat (www.bundesnetzagentur.de Startseite/Die Bundesnetzagentur/Aktuelle Anhörungen der Bundesnetzagentur).

Mit freundlichen Grüßen

v. Fritsch